

Inhalt:

Auslaufmodell große Koalition

Die grüne Fraktionsvorsitzende Karoline Linnert über acht Jahre große Koalition in Bremen. [... zum Artikel](#)

Das grüne Fotoalbum: Rückblick auf die Wahlperiode 1999-2003

In dieser Version sind natürlich nicht die Fotos zu sehen, sondern nur die erläuternden Texte. [... zum Artikel](#)

Bessere Bildung für jedes Kind

Nirgends gab es in den letzten Jahren soviel Streit zwischen SPD und CDU wie in Schulfragen. Die grünen Vorstellungen von einem Bildungssystem aus einem Guss haben nach PISA Rückenwind bekommen. [... zum Artikel](#)

Bye-bye, Bürgerschaft!

Drei erfahrene grüne Abgeordnete kandidieren nicht wieder für die Bürgerschaft: Hermann Kuhn, Dieter Mützelburg und Manfred Schramm. Sie haben über viele Jahre hinweg die Politik der grünen Fraktion mitgeprägt. [... zum Artikel](#)

Rubriken:

[Gastkommentar I](#)

[Gastkommentar II](#)

[Impressum](#)

Auslaufmodell große Koalition

Die grüne Fraktionsvorsitzende Karoline Linnert über acht Jahre große Koalition in Bremen.

„Eine große Koalition ist keine Umbau-, sondern eine Machterhaltungscoalition. Sie wäre die bequemere Antwort“, so Henning Scherf im „Bremer“, Mai 1995, kurz vor dem Start der großen Koalition.

„Denn hier gehen Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum vor Froschkulturen – oder wie heißen die Schlammpeitzger? Das ist die neueste Erfindung unserer Öko-Leute. ... Das Beste gegen Schlammpeitzger sind übrigens Hechte. Die sind, glaube ich, auch geschützt. Die fressen die nämlich auf.“ (Henning Scherf, Eiswettrede, 2000)

Dem ersten Zitat des amtierenden Bürgermeisters kann man nur voll zustimmen, das zweite zeigt, was nicht nur inhaltlich, sondern auch im Stil aus ihm geworden ist. Die vom Bürgermeister so betitelte „bequemere Antwort“ auf die Probleme Bremens, die große Koalition, hat im Großen und Ganzen ihre selbst gesteckten Ziele nicht erreicht: Weder beim Wirtschaftswachstum noch bei der Schaffung von Arbeitsplätzen hat das Land Bremen nennenswert aufgeholt. Diese Ziele waren es aber gerade, die den Ausnahmefall große Koalition politisch legitimieren sollten. Der unter der Ampel-Regierung begonnene Strukturwandel wurde zwar fortgeführt – durchaus auch mit einigen Erfolgen – zu viel rares Geld wurde aber in weitere Haushaltslöcher reißende Groß- und Prestigeprojekte verbuddelt. Der Schuldenstand Bremens wird 2004 höher sein als zu Beginn der Sanierung.

Die negativen Folgen dieser Elefantenhochzeit werden immer deutlicher sichtbar: Arroganz gegenüber Bürgerwillen, Posten- und Auftragsgeschacher, das fröhliche Ausgeben geliehenen Geldes als besondere Tugend, Metropolenträume statt Augenmaß, Ökologie wird als Klotz am Bein statt als Chance begriffen und die alles lähmende Blockade in der Bildungspolitik.

Bremen muss sich trauen, den heute für die Regierenden so bequemen Weg zu verlassen. Bremen und Bremerhaven müssen sich auf ihre Stärken besinnen und sich mit Augenmaß entwickeln. Grünflächen als Attraktion für gestresste Städter zu erhalten, neue umweltverträgliche Technologien und moderne Dienstleistungen als Motor für die Wirtschaftsentwicklung fördern und eine Offensive für den jungen Wissens- und Bildungsstandort Bremen. Die grünen Großprojekte setzen auf eine nachhaltige Entwicklung der Lebensqualität und Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven. Für das millionenschwere Strohfeuer aus Beton, Innenstadt-Pflaster und Fassaden sind acht Jahre lang genug.

Karoline Linnert, Fraktionsvorsitzende

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Das grüne Fotoalbum: Rückblick auf die Wahlperiode 1999-2003

Kulturhauptstadt Europas: Mit der Bewerbung Bremens als Kulturhauptstadt Europas im Jahr 2010 hatte die grüne Fraktion eine Idee, die mit zweijähriger Verzögerung auch bei der großen Koalition zündete. Die Bewerbung ist beschlossene Sache und ein Aufbruchsignal für die Bremer Kulturpolitik. Bremen bekommt die Chance, sich als vitale, kulturell vielfältige und weltoffene Stadt zu präsentieren. Mit Blick auf die alte Hanse-Tradition und die EU-Osterweiterung haben die Grünen eine Kooperation mit den Partnerstädten Riga und Gdansk vorgeschlagen. Jetzt gilt es, ganz Bremen für das Projekt zu begeistern – nur so kann es gelingen!

Space Park – Ende mit Schrecken ... Eine gespenstische Betonwüste fand die grüne Fraktion im Februar 2003 bei ihrem Besuch des Space Parks vor, der ursprünglich parallel zur Expo 2000 eröffnet werden sollte. Die Investitionsruine in Gröpelingen, von ihren Machern als „Konjunkturprogramm in Beton“ gepriesen, kommt Bremen teuer zu stehen: Über 100 Millionen Euro wurden für die Infrastruktur ausgegeben und mit 66,5 Millionen Euro ist Bremen ins Betreiberrisiko eingestiegen. SPD und CDU sind wild entschlossen, ihr unseliges Großprojekt um jeden Preis durchzuziehen. Ob und wann der Space Park seine Tore öffnen wird, steht weiter in den Sternen.

Mit ihrem Geschichtenwettbewerb „Bärenstarke Mädchen“ im Mai 2002 wollte die Fraktion nach dem PISA-Debakel nicht nur klagen, sondern den Kindern einen positiven Anreiz bieten, die eigene Fantasie kreativ umzusetzen. Die Aktion war ein voller Erfolg: 250 spannende und lustige Beiträge flatterten uns ins Haus – von geschriebenen Geschichten über gezeichnete Comics bis hin zu Hörspielen reichten die Einsendungen. Wenn die Kinder beim Geschichtenerfinden nur halb so viel Freude hatten, wie die Jury beim Lesen/Hören, hat sich der Wettbewerb für alle Beteiligten gelohnt.

Interregios auf dem Abstellgleis: Im August 2000 startete die Fraktion mit Unterstützung der grünen Stadtverordneten aus Bremerhaven eine Unterschriftenaktion zum Erhalt des Interregio-Angebots. Die Bahn blieb hart und hängte Bremerhaven vom Fernverkehrsnetz ab. Vergeblich war der politische Protest trotzdem nicht – die Bahn besserte nach und erhöhte die Zahl der RegionalExpress-Züge. Unterm Strich hat sich das Bahnangebot von und nach Bremerhaven verschlechtert. Die für Touristen attraktive Direktverbindung vom Ruhrgebiet in die Seestadt verschwand komplett vom Fahrplan. Die zahlreichen Pendler vermissen den Interregio-Komfort – Frühstückskaffee gibt's nur noch aus der eigenen Thermoskanne –, Bistrowagen sucht man im RegionalExpress vergeblich.

Grüne Drahtzieher am Werk: „Maschendrahtzaun statt Sofakissenkultur“ lautete das Motto einer Aktion im Öko-Dorf an der Lesum. Inspiriert durch den Hit von Stefan Raab schritten die grünen Abgeordneten zur Tat: Sie pflanzten Knallerbsensträucher und errichteten einen Maschendrahtzaun. Die alternative Wohnform in Bremen-Nord passte nicht ins konservative Weltbild führender CDU-Politiker. Bauwagen und unkonventionelle Häuser Marke Eigenbau sollten verschwinden – erst auf den letzten Drücker kam es doch noch zu einer Einigung zwischen Senat und dem Verein Grüner Weidedamm, der Mietvertrag wurde verlängert.

Medienzentrum – was lange währt ... Wir brauchen keine Parkplätze mit Weser-Blick, sondern ein attraktives Medienzentrum im Faulenquartier. Mit dieser Botschaft warb die Fraktion im Juni 2002 für den Abriss des Parkhauses Diepenau und den Bau eines Medienzentrums mit Radio Bremen als Anker. Jetzt hat auch der Senat eingesehen, dass ein Medienzentrum als Kristallisationspunkt für Unternehmen aus der IT- und Medienbranche enorme Chancen bietet und die Ansiedlung im Faulenquartier dem Stadtteil neuen Glanz verleihen kann. Bremen als Stadt am Fluss endet nicht am Brill – eine attraktive Verbindung zwischen der Schlachte und Pier 2 ist längst überfällig.

BSE-Schock: Auf dem Höhepunkt der BSE-Krise besichtigte die Fraktion im November 2000 den Bremer Schlachthof und forderte, alle Rinder per Schnelltest zu untersuchen und die Lebensmittelüberwachung auf keinen Fall zu privatisieren. Gleichzeitig warben die Grünen für gesunde, artgerecht produzierte Nahrungsmittel. Unter dem Motto „Klasse statt Masse“ setzen wir uns für die Förderung regional erzeugter landwirtschaftlicher Produkte und deren Vermarktung ein. Bremen ist kein Agrarland – aber mit einer klassischen Mittelstandsförderung für Öko-Produkte könnten Arbeitsplätze auf den rund 300 Bauernhöfen gerettet und neue im Vertrieb und Marketing geschaffen werden.

Rettet die Uni-Wildnis: Mit einem rot-weißen Absperrband markierte die grüne Fraktion im Februar 2003 das bedrohte Natur- und Erholungsgebiet westlich des Kuhgrabenwegs. Die sogenannte Uni-Wildnis soll für die geplante West-Erweiterung des Technologieparks geopfert werden. Mit der Aktion protestierten wir gegen den verschwenderischen Umgang der großen Koalition mit der knappen Fläche. Vorhandene Potentiale müssen besser ausgenutzt werden. Unsere Alternative: Dichtere und höhere Bebauung des Technologieparks sowie die konsequente Erschließung und Vermarktung der alten Hafenreviere als neue Bremer Top-Adresse.

Elektrosmog durch UMTS: Im Frühjahr 2002 hat die grüne Fraktion die Elektrosmogbelastung im Umfeld der Mobilfunkanlage auf dem Bunker Scharnhorststraße/Buchenstraße messen lassen. Ergebnis: Die Vorsorgewerte der Salzburger Resolution wurden an einigen Stellen überschritten – obwohl noch nicht alle auf dem Bunker installierten Anlagen in Betrieb genommen wurden. Alle Anträge von Beiräten und grüner Fraktion, für umstrittene Sendemast-Standorte Alternativen zu suchen, wurden von der großen Koalition abgelehnt.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Bessere Bildung für jedes Kind

Nirgends gab es in den letzten Jahren soviel Streit zwischen SPD und CDU wie in Schulfragen. Die grünen Vorstellungen von einem Bildungssystem aus einem Guss haben nach PISA Rückenwind bekommen.

Die CDU setzt auf das obere Drittel, die SPD verspricht Benachteiligten bessere Chancen, und herausgekommen ist bildungspolitisches Flickwerk. Wir setzen dem ein Bildungssystem aus einem Guss vom Kindergarten bis zum Abitur entgegen, das Schritt für Schritt aufgebaut werden soll. Oberstes Ziel ist die optimale Förderung jedes einzelnen Kindes.

Auf dieser Basis konnten wir – oft gemeinsam mit Eltern, ErzieherInnen, LehrerInnen und SchülerInnen – Verschlechterungen verhindern und gleichzeitig Anstöße zu einzelnen Reformen in die richtige Richtung geben.

Lange stand der Kampf ums Geld im Mittelpunkt. Unsere Haushaltsanträge – knapp 30 Millionen Euro zusätzlich für Kindergärten, Schulen und die Jugendarbeit – wurden zunächst von der großen Koalition abgelehnt. Nur sechs Monate später legte sie dann 25 Millionen Euro für diese Bereiche auf den Tisch.

Wir haben uns für eine Qualitätsoffensive im Kindergarten stark gemacht. Schon vor PISA hatten wir eine verstärkte Sprachförderung und einen altersgerechten Bildungsplan vorgeschlagen. Nach langem Zögern fängt der Senat jetzt damit an. Wichtig ist gut ausgebildetes Fachpersonal. Eine bessere Aus- und Fortbildung für ErzieherInnen steht nach Drängen der Grünen jetzt auf der Tagesordnung.

Kindergärten sind Bildungseinrichtungen – sie müssen genauso kostenfrei sein wie Schulen. CDU und SPD haben diese grüne Position programmatisch aufgenommen, der Senat will dafür aber kein Geld ausgeben.

In der Schulpolitik hat die PISA-Studie viel Hektik ausgelöst. Grüne Vorschläge wie Sprach- und Leseförderung oder die verlässliche Grundschule bis 13 Uhr wurden aufgegriffen. Leider wurden sie schlecht vorbereitet den Schulen aufgedrückt: Es fehlt das nötige Personal. Das Gleiche gilt für die individuelle Förderung im Unterricht, die Integration von Kindern mit Behinderungen oder für die Unterstützung von Zugewanderten.

Die vor allem von der CDU angeheizte Debatte über die Schulstruktur gab uns die Chance, die alte grüne Forderung nach sechsjährigen Grundschulen neu zu beleben. Für uns ist die sechsjährige Grundschule nur ein erster Schritt in Richtung neunjährige Basisschule für alle Kinder.

Die Ganztagschule ist ein alter grüner Vorschlag, der neuerdings von allen Fraktionen unterstützt wird. In der Umsetzung bleibt es leider bei halbherzigen Modellen: Es gibt zu wenige Ganztagschulen und häufig bleiben die Projekte auf halbem Wege stehen: „Ganztags“ heißt oft Essen und Freizeitangebote nach dem regulären Unterricht. Wir wollen das enge Unterrichtskorsett im 45-Minuten-Takt sprengen und eine enge Verzahnung von Vor- und Nachmittagsangeboten.

Drei wichtige Erfolge können wir verbuchen:

- Modellprojekte zur Zusammenarbeit von Kindergarten und Schule,
- mehr Personal für die Arbeit mit „Schulverweigerern“,
- eine Reform der Lehrerbildung auf Basis grüner Anträge.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Bye-bye, Bürgerschaft!

Drei erfahrene grüne Abgeordnete kandidieren nicht wieder für die Bürgerschaft: Hermann Kuhn, Dieter Mützelburg und Manfred Schramm. Sie haben über viele Jahre hinweg die Politik der grünen Fraktion mitgeprägt.

Manfred Schramm ist Bremerhaven in der Fraktion. Als unser dienstältester Abgeordneter hat er seit 1987 für eine gerechte Berücksichtigung unserer Schwesterstadt gekämpft. „Manni“ ist Experte für Häfen und Schiffe und hat erfolgreich die Überzeugung, dass Schiffe eher ökologische Transportmittel sind, zu den vielen zugewanderten grünen Landratten und -rätinnen getragen. Dafür musste er so manchen Spott über „teure Freunde“ und Fischköpfe auf sich nehmen, in der Sache hat er sich durchgesetzt. Richtig stur wird er auch, wenn es um die Wirtschaftsförderung für Bremerhaven geht: 25% müssen es sein, kein Cent weniger. Hast Recht, wir wollen ja auch weiter Geld aus Bayern kriegen! Richtig leidenschaftlich wird Manfred Schramm, wenn die Rede auf die stadtbremischen Häfen in Bremerhaven kommt – diesen Kolonialismus hat auch er nicht beenden können. Wir arbeiten weiter dran.

Dieter Mützelburg würde niemals zugeben, dass er grünes „Urgestein“ ist, das klingt ihm nach selbstgestrickten Socken und Schrottfutter, trotzdem stimmt's. Dieter Mützelburg gehörte der ersten richtigen grünen Fraktion 1983 an und rotierte 1985 wieder heraus, so wie damals verlangt und versprochen. Während der Ampelzeit und von 1995-1999 war er Mitglied im Fraktionsvorstand und lange Jahre baupolitischer Sprecher. Seit 1995 ist er Vorsitzender des Haushaltsausschusses und seit 2000 unser bildungspolitischer Sprecher, sein lang gehegter Wunsch. Als Person Nonkonformist und Liebhaber von Opern und schönen Frauen hat er das Image „untypischer Grüner“ gepflegt und wir haben ihm den Spaß gelassen. „Mützel“ ist der Elefant der Fraktion: Er weiß aus dem Stand, wie viel die Rennbahn zuerst kosten sollte, wer wann wo wem welche Kostenreduzierungen zugesagt hat – und warum daraus nichts wurde. Das werden wir vermissen, so wie die vielen gerummelten Kommentare auf den Fraktionssitzungen.

Hermann Kuhn ist seit 1991 Mitglied der grünen Fraktion und seit 1995 ein Vizepräsident der Bremischen Bürgerschaft, um den uns so manche beneiden. Ein bekennender Individualist in einer Gruppe sorgt für die richtige Würze. Unbestechlich, in der Sache hart, im Ton verbindlich hat er für die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen gekämpft, gegen Mammutknast und Affenversuche gefochten. Mit ihm hatte die Bürgerschaft einen Europapolitiker mit Leidenschaft, der wollte, dass ein Landtag ein Landtag ist. Seine Duelle mit Henning Scherf erweckten immer Aufsehen, wobei sich Hermann nie im Ton vergriffen hat. Hermann Kuhn hat es geschafft, sich nicht von der Fraktionsarbeit auffressen zu lassen: Seine Arbeit als Schriftsetzer hat er nie ganz aufgegeben, und als Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und der Europa-Union hat er weit in die Gesellschaft hineingewirkt. Auch wenn er die Fraktion verlässt, Politik wird er bestimmt weiter machen.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Gastkommentar I

Es geht um ein neues Bremen-Stück!

Die große Koalition hat über Jahre eine Regierungspersformance abgeliefert, die in weiten Teilen von Pleiten, Pech und Pannen begleitet war. Das Musical ist pleite, nachdem der Staat über 45 Mio. Euro bis zur Verkündigung des Endes eingesteckt hatte. Der Space Park, der schon zur EXPO 2000 eröffnen sollte, ist immer noch eine Baustelle ohne Ankermieter für die Shopping Mall, der Senat hat bisher 200 Mio. Euro investiert – mit offenem Ende. Nach dem Motto „große Koalition – große Fehler“ droht hier eine Investitionsruine, die Bremens Ruf in der ganzen Republik beschädigen wird.

Die Inszenierungsidee, die große Koalition als die Sanierer Bremens darzustellen, ist nicht aufgegangen. 2005 wird es keinen verfassungskonformen Haushalt geben. Die große Koalition war eine Regierungstruppe von Geldverschwendern, die viele Flächenprojekte gegen die Betroffenen durchgeboxt hat, siehe Uni-Wildnis, Science Park in Bremen-Grohn. Bildung, Qualifizierung, Lebensqualität wurden klein geschrieben. Die Modernisierung muss nun endlich eine andere Richtung nehmen. Nur mit einer Bildungsoffensive, einer Aufwertung der Kulturpolitik, der gezielten Förderung des wirtschaftlichen Strukturwandels mit Dienstleistungen, Existenzgründungen und Mittelstandsförderung kann Bremen die Herausforderung, eine zukunftsfähige Region im neuen Europa zu werden, meistern. Statt Großmannssucht und Arroganz der Macht, die die große Koalition auszeichnet, ist eine Politik der Kreativität gefragt, die auf die Ressourcen der Zukunft, das sind Jugend und Intelligenz, setzt und nicht nur auf Beton und verschwenderischen Flächenverbrauch.

Deswegen wäre es für Bremen eine große Chance, was die GRÜNEN schon im Jahr 2000 beantragt haben, wenn Bremen die Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2010 gewinnt. Dann könnte sich Bremen unter der Flagge der Kultur in neuem Glanz zeigen.

Norbert Kentrup
Schauspieler/Regisseur
SHAKESPEARE und PARTNER

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Gastkommentar II

Wir brauchen in Bremen eine wirksam kontrollierte Regierung, keine „Arroganz der Macht“ gegenüber einer zahlenmäßig geschwächten Opposition. Die vergangenen Jahre zeigen, dass das demokratische Gefüge zerbrochen ist: Im Parlament wurden Großprojekte wie Space Park u.a. gegen den wohlbegründeten Widerstand der Opposition „durchgezogen“. In der Verwaltung zeigten sich an manchen Stellen Schwächen infolge fehlender politischer Kontrolle. Mechanismen unverzichtbarer verwaltungsinterner und -externer Kontrolle sind abgestumpft; die Balance rechtsstaatlicher Gewaltenteilung ist vereinzelt sogar zerstört (vgl. Ausländerverwaltung).

Notwendig ist politische Führungsverantwortlichkeit. Wenn unsere Jugend keine vorgelebten demokratischen Werte erfährt, werden wir zur andauernden Haushaltsnotlage noch viel folgenreichere Werteverdrossenheit erfahren. Es kommt nicht von ungefähr, dass die Fraktion der GRÜNEN einen Antrag zur Bremischen Landesverfassung betreffend die verfassungsrechtliche Anerkennung von Kinderrechten eingebracht hat: Wenn Anträge der Opposition in der Bremer Bürgerschaft über unbedingt notwendige Aufgabenerfüllungen gerade im Sozial- und Jugendbereich abgeschmettert werden, dann muss die Anrufung der Landesverfassung als Hilferuf einer ohnmächtigen Opposition verstanden werden.

Prof. Dr. Klaus Sieveking,
Universität Bremen

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Impressum

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft

Telefon: 0421/30 11-0

Telefax: 0421/30 11-250

e-mail: fraktion@gruene-bremen.de

internet: www.gruene-bremen.de

V.i.S.d.P.:

Dagmar Bleiker

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Schlachte 19/20

28195 Bremen

Gestaltung: Designbüro Möhlenkamp

Relaunch, Satz, Grafik: Thomas Kollande-Emigholz

Fotos: Dagmar Bleiker, Andrea Quick, SHAKESPEARE und PARTNER, Klaus Sieveking, Maria Spieker

Zeichnung: Friederike Emigholz

Wenn Sie möchten, senden wir Ihnen die Papierversion des [grün:Journals](#) gern per Post zu. Bitte vergessen Sie nicht Ihre Anschrift anzugeben!

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)